LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
17/506

Alle Abg

„Schulen in NRW im Kampf gegen Cybergewalt unterstützen“
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/1434
Anhörung des Ausschusses für Schule und Bildung am 18. April 2018

Stellungnahme Anja Niebuhr, Leitung des Zentrums für Schulpsychologie der Landeshauptstadt Düsseldorf (ZfS) mit der Landespräventionsstelle gegen Gewalt und Cybergewalt an Schulen in NRW (LPS)

Digitale Medien bestimmen den Alltag von Jugendlichen und vermehrt auch jüngeren Kindern. Diese bieten vielfältige Chancen und eröffnen neue Lernräume, allerdings dürfen die Risiken nicht ausgeblendet werden. Cybermobbing bzw. Cybergewalt ist ein ernstzunehmendes Phänomen. Ein kompetenter Umgang mit der digitalen Welt ist für Kinder und Jugendliche unerlässlich, um erfolgreich ihr Leben zu meistern und gesellschaftlich teilhaben zu können.
Dem System Schule kommt in diesem Zusammenhang eine zentrale Schlüsselrolle zu. Die gesellschaftsverändernde Bedeutung der Digitalisierung mit ihren Licht- und Schattenseiten macht es unabdingbar, dass Schulen sich konzeptionell mit dieser Entwicklung befassen und Schülerinnen und Schülern auch in diesem Themenkomplex Bildung und Erziehung anbieten.

Schwerpunktthemen im Rahmen des Kinder- und Jugendmedienschutzes sind u.a. Cyberbullying / Cybermobbing, Pornografie / Sexismus / Sexting / Cyber- Grooming, Social Media, Hate speech, Fake news sowie das Themenfeld Datenschutz.

Nach nationalen und internationalen Studien kann davon ausgegangen werden, dass jeder vierte Jugendliche bereits schon selbst einmal Opfer von Cybermobbing war bzw. ist. Die Prävalenzraten variieren zwischen 10 und 40%. (vgl. Prof. Brand et al., 2015)

Folgende Studien stützen diese Erkenntnisse: ARAG Digital Risks Survey (Dr. Catharina Katzer, 2016, international), Cyberlife II – Studie vom Bündnis gegen Cybermobbing (2017, Deutschland), JIM – Studie (2017, Deutschland), KIM – Studie (2016, Deutschland), Bitkom – Studie (2014)

Da die Opfer von Cybermobbing selbst kaum etwas zur Veränderung der Situation beitragen können, sind sie deshalb in besonderer Weise auf die Unterstützung von außen angewiesen. Diese wird in NRW in vielfältiger Weise angeboten.
Doch neben den Unterstützungsangeboten für die Opfer von Cybergewalt ist besonders Aufklärungsarbeit und Prävention wichtig, um Gewalt, Mobbing und Cybermobbing in Schulen keinen Platz zu bieten. Prävention ist zurzeit das effektivste Mittel, um Kinder und Jugendliche zu schützen.

In diesem Sinne und von dieser Erkenntnis geleitet wurde im Januar 2015 zur fachlichen Bündelung und Angebotsstrukturierung von Gewaltpräventionsprogrammen die Landespräventionsstelle gegen Gewalt und Cybergewalt an Schulen (LPS) vom da-

maligen Ministerium für Schule und Weiterbildung zunächst mit einer abgeordneten Lehrkraft eingerichtet. Die LPS ist an das Zentrum für Schulpsychologie der Landeshauptstadt Düsseldorf angegliedert und kooperiert dort mit dem kommunalen Team „Gewaltprävention und Krisenintervention“ der LH Düsseldorf. Seit dem 1. März 2018 wurde die LPS personell um eine zweite Abordnung erweitert.
Neben der Vernetzung und Koordinierung von bereits bestehenden Gewaltpräventions-Programmen in NRW stehen vor allem Maßnahmen und Konzepte gegen Cybermobbing im Fokus der Tätigkeiten der LPS.

Zu den Forderungen an den Landtag nehmen wir aus den Erfahrungen der LPS wie folgt Stellung:

Das Thema Cybergewalt bei der Weiterentwicklung der Lehrerausbildung berücksichtigen

In den Zentren der schulpraktischen Lehrerausbildung erhalten in regelmäßig stattfindenden Workshops Lehramtsanwärterinnen und –anwärter Basiswissen zum Thema Prävention und Intervention von Cybergewalt an Schulen. Dies führt nachhaltig zur Verstetigung der Präventionsarbeit an Schulen.
Hier ist aus Sicht des ZfS und der LPS eine verbindliche Aufnahme des Themas Gewaltprävention ins Curriculum der Lehrerausbildung und damit eine gesicherte Ausbildung der LAA zu diesem Thema zentral, da eine entscheidend wirksame Prävention gegen Cybergewalt in der Haltung und Klarheit der Erwachsenen im System Schule begründet liegt.

Das Thema Cybergewalt systematisch in den Fortbildungsangeboten für Lehrkräfte, weiteren Fachkräften an Schulen und der Polizei verankern

Bei Workshops und Fortbildungen werden Beratungslehrkräfte, Schulsozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter wie auch ganze Schulkollegien zum Thema Cybergewalt fort- und weitergebildet. Ziel ist es zum einen, die Handlungssicherheit der Kolleginnen und Kollegen zu erhöhen und für das Phänomen zu sensibilisieren. Ebenso werden die Schulpsychologinnen und –psychologen landesweit in Workshops und bei Fortbildungen geschult. Für Nachfragen und zur Beratung steht die Schulpsychologie den Schulen jederzeit zur Verfügung.
Zum anderen werden langfristig an Schulen gewaltpräventive Gesamtkonzepte entwickelt, in denen Maßnahmen gegen Cybermobbing und Unterstützungskonzepte für die Opfer Teil eines solchen Konzeptes sind.

Eine verbindliche Schulung zumindest aller Beratungslehrkräfte Schulsozialarbeiterinnen und –arbeiter sowie die Aufnahme des Angebotes in den Kanon der Fortbildungsangebote der Regierungsbezirke sind auch fachlicher Sicht unabdingbar.

Schulleitungen unterstützen, Ansprechpartnerinnen und – partner für Lehrkräfte, Eltern, Schülerinnen und Schüler zum Thema Cybergewalt zu finden

Als zentrale Anlaufstelle in NRW versteht sich die LPS als Ansprechpartnerin für alle an Schule Beteiligten und wird als solche regelmäßig sowohl von Schulleitungen, Lehrerinnen und Lehrern als auch von Eltern zur Beratung und bei konkreten Fragestellungen angefragt. So unterstützt die LPS beispielsweise bei Mobbing- oder Gewaltvorfällen, bei der Suche nach Referentinnen und Referenten und passenden Gewaltpräventionsprogrammen für Schülerinnen und Schüler. Oftmals erbitten Schulen auch finanzielle Unterstützung zur Umsetzung von gewaltpräventiven Maßnahmen. Es kann festgestellt werden, dass vermehrter Beratungsbedarf bei den Themen Gewalt gegen Lehrkräfte und Vorfälle von Cybergewalt, die das ganze System Schule betreffen, besteht. Aber auch besorgte Eltern, deren Kinder von Mobbing betroffen sind, melden sich bei der Landespräventionsstelle. Darüber hinaus sind in den kommunalen Strukturen die schulpsychologischen Beratungseinrichtungen Ansprechpartner vor Ort, auf die bei entsprechender Fragestellung durch die LPS hingewiesen wird, z.B. zur ausführlichen Beratung betroffener Personen und Familien im Einzelfall.

Über die Internetseite der LPS als auch über andere Portale, wie z.B. das Bildungsportal und den Medienpädagogischen Atlas, die mit der Seite der LPS verlinkt sind, wird über das Angebot der LPS informiert. Publikationen in Fachzeitschriften, landesweite Wettbewerbe, Kooperationen mit bildungs- und medienrelevanten Akteuren und fachlicher Austausch ergänzen und stabilisieren die nachhaltige Vernetzungsarbeit.

Dennoch kann der Bekanntheitsgrad der LPS in der Fläche weiter verbessert werden. Eine systematische und strukturierte Implementierung in ein grundlegendes landesweites gewaltpräventives Konzept ist wünschenswert, um den Bekanntheitsgrad der Stelle zu optimieren und Schulen eine einheitliche und greifbare Struktur zur Verfügung zu Stellen. Überlegungen dazu werden derzeit von Seiten des MSB unternommen.
Denkbar wäre eine regionale Aufteilung NRWs, in der beispielsweise Zuständigkeiten der Mitarbeitenden der LPS nach Regierungsbezirken festlegt werden, um eine flächendeckende, adressatenorientierte, nachhaltige und niederschwellige Beratungs- und Entwicklungsarbeit für Schulen leisten zu können. Dies wäre allerdings nur mit einer personellen Aufstockung möglich. Beispielhaft kann hier das System in Hessen genannt werden (vgl. „Gewaltprävention und Demokratielernen Hessen“ http://gud.bildung.hessen.de), die mit sog. regionalen Landeskoordinator/innen arbeiten.

Nicht zuletzt sind die Beratung zu Präventions- und Interventionsmaßnahmen gegen Gewalt und Cybergewalt an Schulen wie auch die Vermittlung und der Verweis auf Programme und Angebote zur Förderung der Sozial- und Medienkompetenz, wie zum Beispiel das Projekt Medienscouts, zentrale Aufgaben der Landespräventionsstelle. Zudem werden theaterpädagogische Projekte gesichtet und auf diese verwiesen. Alle diese Angebote sind ebenfalls auf der Seite der LPS zu finden.

Schulleitungen haben darüber hinaus mit dem Notfallordner für Schulen in Nordrhein-Westfahlen ein Instrument an der Hand, in welchem sie einheitliche Handlungsstrategien bei krisenhaften schulischen Situationen wie Cybermobbing und Gewaltdarstellungen auf Datenträgern zur Verfügung gestellt bekommen.

Kooperationen von Schulen und Polizei sowie Fachberatungsstellen zu diesem Themenfeld anregen und unterstützen

Kinder- und Jugendmedienschutz ist nur im Netzwerk zu realisieren.
Innerhalb NRWs ist durch die regionale Koordinierung und Vernetzung der Maßnahmen unterschiedlicher Institutionen, wie z.B. Jugendhilfe, Polizei u.a. die sich ebenfalls auf der Seite der LPS befindliche Karte NRW "Gemeinsam gegen Gewalt - hier finden Schulen Unterstützung" entstanden. Hier können Schulen für viele Kreise und kreisfreie Städte Ansprechpersonen zum Thema Gewaltprävention finden, die wiederum auf kommunale Angebote verweisen.
Landesweit bestehen vielfältige Kooperationen der LPS zur Polizei/LKA, Jugendhilfe, AJS, LfM, LVR – Medien und Bildung – und anderen Akteuren.

Jährlich stattfindende große Fachtagungen, die an alle im Zusammenhang mit Schule Tätigen gerichtet sind und großen Anklang in NRW finden, bieten ein breites Spektrum an Fachinformationen, wie auch die Möglichkeit zum Austausch.

Am Beispiel Düsseldorf ist sichtbar, wie durch die Kooperation mit kommunalen Institutionen und Beratungsstellen vielfältige Maßnahmen und Möglichkeiten der Prävention von Cybermobbing sowie praktische Hinweise zum Umgang und für die pädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Schule und Jugendhilfe ermöglicht werden.
Dies sind beispielsweise Fortbildungen, Fachtage und Netzwerktreffen für pädagogische Fachkräfte aus Schule und Jugendhilfe, Workshops / Unterrichtseinheiten für Kinder, Jugendliche sowie Lehr- und pädagogische Fachkräfte aus Schule und Jugendhilfe, Unterstützungsangebote und Mitarbeit bei Projekten anderer Institutionen in Schulen, Wettbewerbe, Elternabende und Beratung.
Bereits seit 2010 besteht in Düsseldorf ein kommunales Netzwerk zum Kinder- und Jugendmedienschutz, in dem sowohl kommunale als auch landesweite Netzwerkpartner tätig sind. Diese sind das LVR-Zentrum für Medien und Bildung mit dem Medienzentrum für die LHD, das Schulamt, das Kompetenzteam, die Landesanstalt für Medien NRW, Klicksafe, der Kriminalpräventive Rat, die Volkshochschule, die AWO Familienglobus gGmbH, ProMädchen - Mädchenhaus Düsseldorf e.V. - Mädchentreff Leyla, die Polizei – Kommissariat Vorbeugung und Opferschutz, das Jugendamt, Youpod Jugendring Düsseldorf, die Jugendberatung der Caritas und das AKKI - Aktion Kunst & Kultur mit Kindern e.V. - Videowerkstatt Clipper.

Anja Niebuhr